

Wien, am Mittwoch, den 19. Dezember 1928

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 19. Dezember 1928.

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Voranschlag der Gemeinde Wien
für das Jahr 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 16 Uhr die Sitzung. Der Wiener Gemeinderat tritt in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen ein. Amtsführender Stadtrat Anton Weber leitet die Verhandlungen mit einem ausführlichen Bericht ein. Er führt aus, dass im Voranschlag für 1929 für die Herstellung von 6000 Wohnungen rund 76 Millionen Schilling veranschlagt sind. Die Wohnungen werden in der bisherigen Grösse und Ausstattung ausgeführt werden. Von den vorgesehenen Wohnungen sind 400 bis 500 Wohnungen in Flachbauten und Siedlungen geplant. Für die Kleingartenbewegung sind 311.000 Schilling vorgesehen. Davon werden 200.000 Schilling zur Herstellung von Neuanlagen verwendet werden. Die Ausgaben für das Wohnungswesen im allgemeinen werden im kommenden Jahr von über 700.000 Schilling auf über eine Million Schilling steigen. Diese Steigerung ist in den Kosten für die Instandhaltung der Mietwohnungen in den sogenannten Demolierungshäusern und Wohnbaracken begründet, da die Kosten der Erhaltung dieser Wohnungen nicht auf die Mieter überwälzt werden können. In den Kosten für das Wohnungswesen im allgemeinen sind auch die Ausgaben für die Schlichtungsstellen enthalten. Diese werden von der Bevölkerung nach wie vor sehr in Anspruch genommen. In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres wurden bei den Schlichtungsstellen 18.225 Anträge angebracht, von diesen 12.163 auf Erhöhung des Instandhaltungszinses. In 6.399 Fällen wurde die Erhöhung entweder vereinbart oder zugewilligt. Bei 1.102 Anträgen erfolgte die Erledigung durch Vergleich. In 1.122 Fällen wurde die Erhöhung des Instandhaltungszinses bis zum 50fachen in 1.182 Fällen bis zum 100fachen, in 2.494 Fällen bis zum 200fachen, in 1.019 Fällen bis zum 300fachen und schliesslich in 482 Fällen über das 300fache des Friedensmietzinses zugestanden. Stadtrat Weber bespricht dann die Instandhaltung der Wiener Häuser. Von 1923 an bis 31. Oktober dieses Jahres wurden 74.097 Anträge auf Erhöhung des Instandhaltungszinses bei den Schlichtungsstellen überreicht. Bei 41.267 Fällen wurde die Erhöhung zugewilligt und in 6.646 Fällen kam die Erhöhung durch Vergleich zustande. In Wien gibt es nach der letzten Zählung ohne Neubauten 42.000 Häuser. Da 47.913 Instandsetzungen vorgenommen wurden, ergibt sich dass eine grosse Zahl von Häusern wiederholt repariert wurden. An Instandhaltungskosten wurden von den Schlichtungsstellen im Jahre 1923 rund 3'83 Millionen Schilling, 1924 rund 21'23 Millionen Schilling, 1925 rund 33'84 Millionen Schilling, im Jahre 1926 rund 45'50 Millionen Schilling, im Vorjahre rund 36'19 Millionen Schilling und schliesslich vom 1. Jänner bis 31. Dezember des heurigen Jahres 34'81 Millionen Schilling bewilligt, das sind insgesamt 175'42 Millionen Schilling. Ein Vergleich mit den Verhältnissen vor dem Kriege ergibt, dass heute für Reparaturen mehr aufgewendet wird. Der Bruttozins betrug im Jahre 1913 rund 360 Millionen Goldkronen. In der Annahme, dass fünf Prozent für die Instandhaltung verwendet wurden, welche Annahme aber eher zu hoch als zu niedrig gegriffen ist, wurden in Schilling umgerechnet rund 26 Millionen Schilling jährlich verausgabt. Die immer wiederkehrende Behauptung, dass die Wiener Häuser schlecht instandgehalten werden, ist damit widerlegt. Es kann viel mehr festgestellt werden, dass die Häuser Wiens niemals so gut erhalten worden sind, wie heute. Gewiss gibt es noch eine grosse Anzahl Häuser, die reparaturbedürftig sind. Es hat aber zu jeder Zeit Hausbesitzer gegeben, die ihre Häuser vernachlässigen. Wo die Möglichkeit besteht, greift die Gemeinde durch Vornahme einer Ersatzausführung ein, um den

Wohnungsbestand zu erhalten. Von 1923 an bis Ende Oktober dieses Jahres wurden durch Ersatzausführungen dem Wohnungsmarkt 6.596 Wohnungen und 373 Geschäftslokale erhalten. Die Arbeiten der Wohnhausverwaltung haben durch den Zuwachs neuer Wohnungen einen gesteigerten Umfang angenommen. Mit 31. Dezember dieses Jahres werden voraussichtlich 523 Wohnhäuser, 167 Wohnhausanlagen, 31 Siedlungsgruppen und 7 Barackenlager mit 53 Objekten, zusammen 39.799 Wohnungen und 2.416 Geschäftslokale von der städtischen Häuserverwaltung verwaltet werden. Ausserdem unterstehen noch der städtischen Häuserverwaltung städtische Betriebe, Unternehmungen und Anstalten mit 5.662 Wohnungen und 55 Geschäftslokalen. Insgesamt wird die städtische Häuserverwaltung Ende dieses Jahres 45.461 Wohnungen und 2.471 Geschäftslokale verwalten. Die Einnahmen und Ausgaben werden den Zuwachs an Wohnungen entsprechend steigen. So wird zum Beispiel der Mietzins eine Erhöhung von 345 Millionen Schilling auf 4'22 Millionen Schilling im Jahre 1929 erfahren. Die Gebäudeerhaltung wird um rund eine halbe Million mehr als heuer kosten. Dafür sind 1'70 Millionen Schilling veranschlagt. Die Reserve für grössere Instandsetzungen sind im kommenden Jahr 1'17 Millionen Schilling vorbehalten. Die Einnahmen der Wäscherei- und Badeanlagen, die für das Jahr 1928 mit rund 917.000 Schilling veranschlagt waren, werden 1929 voraussichtlich 1'16 Millionen Schilling betragen. In den städtischen Wohnhausanlagen sind gegenwärtig zwanzig Zentralwaschanlagen mit 488 Waschständen, 164 Waschmaschinen, 115 Zentrifugen, 623 Trockenkulissen, 15 Bügelmaschinen, 143 Bügelstände, 26 elektrische Rollen, 30 Handrollen und schliesslich 50 Badeanlagen mit 320 Brausebadzellen und 300 Wannen. Stadtrat Weber gibt dann einen Ueberblick über die in den Neubauten befindlichen Wohlfahrtseinrichtungen. Gegenwärtig sind 36 Kindergärten, 12 Jugendherberge, 7 Mütterberatungsstellen, 5 Schulzahnkliniken, 5 Tuberkulosefürsorgestellen und 6 Ambulatorien der Gebietskrankenkasse in den städtischen Neubauten untergebracht. Nicht uninteressant ist, dass in den Wohnhausanlagen 163 Gartenanlagen in der Grösse von insgesamt 170.000 Quadratmetern angelegt sind. Diese Gärten sind wertvolle Ergänzungen der Wohnungen, da sie insbesondere der Gesundheit der Bewohner dienen. Die Verwaltung des ungeheuren Wohnungsbestandes geht fast reibungslos vor sich. Die Zinse werden pünktlich bezahlt, die Rückstände sind minimal. Die befürchteten Schwierigkeiten in der Verwaltung sind nicht eingetreten. Heuer mussten nur 6 Räumungsklagen erhoben werden, wegen Nichtbenützung in zwei Fällen, wegen Verwahrlosung der Wohnung ebenfalls in zwei Fällen, in einem Fall wegen Verkauf der Wohnung und im letzten Fall wegen Nichtbezahlung des Mietzinses. Der überaus harte und lange Winter, die Schwierigkeiten in der Grundfreimachung sowie auch bis zu einem gewissen Grad die Behebung der Baugebrechen in der Heiligenstädterstrasse haben den Baufortschritt im laufenden Jahr verzögert. Es konnten bis 15. Dezember nur 5.001 Wohnungen fertiggestellt werden. Der Rest auf 6000 Wohnungen wird in den ersten Monaten des kommenden Jahres fertig werden. Gegenwärtig sind 8.419 Wohnungen im Bau. Für die Projektverfassung für 110 Bauten mit rund 14.000 Wohnungen sind die Aufträge bereits erteilt. Die Projekte werden fast zur Gänze an freie Architekten vergeben, denen damit zur Entfaltung ihres Könnens die grösste Möglichkeit gegeben ist. Bisher wurden von der Gemeinde 190 Architekten beschäftigt. Das Architekturbüro des Stadtbauamtes, das sich natürlich auch unter den Projektverfassern befindet, ist hauptsächlich mit der Prüfung der Projekte befasst. Die Wohnungsvergabe ist nach wie vor recht schwierig. Wer wohnbedürftig ist oder seine Wohnung zu verändern wünscht, weil sie ihm zu enge geworden ist oder aus einem sonstigen Grunde nicht mehr behagt, wendet sich begreiflicherweise an die städtische Häuserverwaltung. Leider kann diese nicht immer so schnell, als es gewünscht wird, helfen. Heuer konnten durch Vermietung in städtischen Häusern und durch Zuteilung in alten Häusern und durch Wohnungstausch 6.516 Parteien befriedigt werden. Die gericht-

lichen Kündigungen bereiten der städtischen Häuserverwaltung immer eine grosse Sorge. Heuer beträgt die Zahl der gerichtlichen Kündigungen 14.367. Es ist selbstverständlich, dass, wenn nicht eine selbst verschuldete Kündigung vorliegt, die städtische Häuserverwaltung bemüht ist, den Schuldlos Gekündigten eine Wohnung beizustellen. Durch die grosse Zahl von Kündigungen werden oft die schönsten Pläne der Wohnhäuserverwaltung über den Haufen geworfen. Darauf ist es auch zu rückzuführen, dass Vorgemerkte oft lange warten müssen, bis sie an die Reihe kommen. Die Zahl der bei der städtischen Häuserverwaltung in Evidenz stehenden wohnungssuchenden Parteien betrug am 1. November 17.056, darunter 4.076 mit I klassifizierte Bewerber. Die Zahl der Wohnungssuchenden in Wien ist natürlich weit grösser. Um den wirklichen Bedarf an Wohnungen kennen zu lernen, wäre eine Zählung notwendig, die aber nur durch ein Bundesgesetz ermöglicht werden kann. Diese Zählung wäre gerade jetzt sehr aktuell, da das Mieten- und Wohnungsproblem zur Diskussion steht und von der Regierung eine Wohnbauaktion angekündigt wurde. Es versteht sich von selbst, dass der Umfang der Bauaktion von der Grösse des Bedarfes abhängig sein muss. Was die Regierung ankündigt, ist nicht einmal hinreichend, den Bedarf an Wohnungen ausserhalb Wiens innerhalb eines Jahres zu decken, noch viel weniger ein Versuch, der Wohnungsmot erstlich an den Leib zu rücken. Eine gründliche Besserung des Vorsatzes der Regierung ist da unbedingt notwendig. Die Gemeinde wird jedenfalls in der Erfüllung ihres Versprechens, jährlich mindestens 6000 Wohnungen zu bauen, kraftvoll vorwärts schreiten und auch im nächsten Jahr etwa 24.000 Menschen ein gesundes, allen Anforderungen der Wohnkultur und der Hygiene entsprechendes Obdach geben und daneben aber Tausenden von Arbeitern, Angestellten und Gewerbetreibenden Arbeit und Verdienst sicherstellen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Ullreich (E.L.) verlangt zunächst Aufklärung über einen Bericht des Kontrollamtes für das Jahr 1927 betreffend die Badkarten in den städtischen Wohnhausbauten, da diese Bemerkung den Verdacht nahelege, dass hier unzulässige Manipulationen von Hausvertrauensmännern vorkommen. Er bespricht sodann das Kleingartenwesen und verlangt, dass möglichst bald die Dauerzonen für Kleingärten bekanntgegeben werden, damit die Kleingärtner wissen, auf welche Bestanddauer sie für ihre Siedlungen zu rechnen haben und darnach ihre Investitionen einrichten können. Er wünscht Aufklärung über eine Reihe von Positionen betreffend die Siedlungen. Die Post Mietzinse in Siedlungen ist gegenüber dem Vorjahr um etwa 120.000 Schilling höher eingestellt. Hat man etwa die Absicht, die Mietzinse in den städtischen Siedlungen so enorm zu erhöhen? Sodann beschäftigt sich GR. Ullreich mit der städtischen Wohnbautätigkeit und bezeichnet es angesichts des Umstandes, dass die Gemeinde den Wohnbedarf auch nicht annähernd decken kann, als verfehlt, dass die Mehrheit an dem Standpunkt festhält, nur auf Gemeindegrund zu bauen und die Mitwirkung von Privaten und gemeinnützigen Baugenossenschaften abzulehnen. Es gibt in Wien 1594 Wohnungen und 1091 Geschäftslokale die sich in Baracken befinden oder sonst abbruchreif sind und die beseitigt werden müssen. Insbesondere wäre es allerhöchste Zeit, dass die Barackenlager in denen sich noch immer ca 700 Wohnungen befinden, verschwinden. GR. Ullreich errechnet sodann, die Einheitspreise pro Kubikkilometer für eine Reihe von Wohnhausbauten und stellt fest, dass die Differenz zwischen dem niedrigsten Einheitspreis von 38'4 Schilling und dem höchsten Preis von 62'60 Schilling sechzig Prozent beträgt. Woher kommt dieser Unterschied? Dasselbe ist doch zu beweisen, dass die Gemeinde in manchen Fällen ^{doch} zu teuer baut. Nach den amtlichen Aufklärungen wird in den städtischen Wohnhausbauten ^{höchstens} der tausendfache Instandhaltungszins gezahlt und die darüber hinausgehenden Reparaturkosten aus einem Ausgleichsfonds bestritten. Dieser Ausgleichsfonds ist eine aus Steuergeldern genommene Reserve, das heisst, Sie gewähren den Mietern in den

städtischen Häusern aus Steuergeldern billige Mietzinse. Die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes mit solchen Mitteln ist unzulässig. Zum Schlusse beschäftigt sich GR. Ullreich mit dem Wohnbauförderungsprogramm der Regierung und lehnt die schärfte Stellungnahme des Wohnungsreferenten gegen dieses Programm ab. Mit gewissen von den Sozialdemokraten verlangten Massnahmen wie Einweisungsrecht und Ausgleichsfonds könnte man sich befreunden, wenn sie eben nicht für Wien gefordert würden wo man ja die Erfahrung gemacht hat, dass alle solche Massnahmen von den Sozialdemokraten parteipolitisch ausgenützt werden. Die Sozialdemokraten verlangen auch, dass die Werkwohnungen unter den Mieterschutz kommen. Wenn sie so begeisterte Anhänger des Mieterschutzes sind, warum stellen Sie nicht die Wohnungen in den Gemeindehäusern unter den Mieterschutz (Zustimmung bei der E.L.) Endlich einmal müsste, über das Wohnbauförderungsprogramm gesprochen werden und dieses Wohnbauförderungsprogramm wird für die Sozialdemokraten der Prüfstein sein, ob sie es mit der Wohnungsfürsorge ernst meinen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Schiener (E.L.) bezeichnet als Hauptgrund dafür, dass eine Besserung im Wohnungswesen nicht eintritt, die Art der sozialdemokratischen Verwaltung und die Einstellung der Sozialdemokraten zum Mieten- und Wohnbaufrage. Das Wirken der sozialdemokratischen Mietervereinigungen ist ja bekannt. Sooft Reparaturen an schadhaften Häusern vorgenommen werden sollen, sind die Gehilfen des GR. Schleifer zur Stelle um das zu verhindern. Wenn man rechtzeitig vorgesorgt hätte, wäre es zu den Hauseinstürzen der letzten Zeit nicht gekommen. Von Gemeindegewegen wird das Pfirscherwesen dadurch unterstützt, dass im Rekurswege verhängte Strafen wegen fahrlässiger Bauführung nachgesehen werden. Mit Ihrer Gewaltpolitik im Wohnungswesen haben es die Sozialdemokraten so weit gebracht, dass sie gezwungen sind, für 74 Wohnhäuser den Demolierungsauftrag zu erteilen, wenn sie nicht die Schuld auf sich laden wollen, dass diese Häuser der Bevölkerung über den Kopf zusammenstürzen. Hätten die Sozialdemokraten ^{dabei} mitgewirkt, dass in die private Bautätigkeit Leben kommt, so wäre die Wohnungslosigkeit längst behoben. Die Tatsache, dass es Wohnungen gibt, die heute schon über den 3000fachen Instandhaltungszins bezahlen zeigt, wie unzweckmässig Ihr Festhalten an dem alten Mietengesetz ist. Es ist eine Schande für die Gemeindeverwaltung, dem alten Hausbesitzern ihr Vermögen einfach zu konfiszieren. Ich ersuche Sie in ihrer Politik endlich einmal einen anderen Kurs einzuschlagen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Wagner (E.L.) bezeichnet das Wohnungswesen als das politisch wichtigste Kapitel der Verwaltung. Stadtrat Weber hat im März 1925 erklärt, dass das Wohnungsdefizit rund 100.000 betrage und die Gemeinde Wien vermöge ihrer Wohnbaupolitik in drei Jahren alle Wohnungslosen werde untergebracht haben. Erst kürzlich hat Stadtrat Weber in der Vertrauensmännerversammlung der Mietervereinigung ^{jetzige} gesprochen, wobei er das Wohnungsdefizit höher als 100.000 bezeichnet hat. Er hat damit zugegeben, dass das Wohnungswesen im allgemeinen sich nicht nur nicht gebessert, sondern vielmehr bedeutend verschlechtert hat. Der Redner gibt dann einen Ueberblick über die Wiener Wohnbautätigkeit. Von 1869 bis 1880 wurden 27.493 Wohnungen hergestellt, von 1880 bis 1890: 25.642, in den nächsten zehn Jahren wurden 32.534 Wohnungen geschaffen, von 1900 bis 1910 rund 42.400, in den Jahren von 1910 bis 1920 nur 9023 und von 1920 bis 1923 rund 14.350. Die private Wohnbautätigkeit war vor dem Kriege also sehr lebhaft. Wenn Stadtrat Weber behauptet, dass der Bauzustand der Wiener Häuser kein besonders schlechter ist, so stelle ich fest, dass man von einem guten Bauzustand nicht reden kann. Der Bauzustand der Wiener Häuser wird vielmehr von Jahr zu Jahr schlechter.

Der Referent hat sich auch sehr milde über die Zahl der Wohnungsuchenden geäußert und gemeint, dass sie nur 17 056 betrage. Diese Politik ist falsch, was auch im Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie im Leitartikel vom 19. November zugegeben worden ist. Das Wohnungsproblem hätte niemals eine Sache der Parteipolitik werden dürfen. Jetzt redet man wenigstens schon darüber. Aber es muss offen gesagt werden, dass eine dauernde öffentliche Wohnbauförderung nicht der Standpunkt der Minderheit im Gemeinderat und der Mehrheit im Nationalrat sein kann. Es kann sich da zum grössten Teile nur um transitorische Massnahmen handeln. Gewiss wird ein Teil davon auch in die Zukunft hinübergerettet werden müssen. Aber die gesunden Grundlagen privater Wohnbautätigkeit müssen wieder hergestellt werden (Beifall bei der Minderheit).

Die Sozialdemokraten haben ein Gesetz über die staatliche Wohnbauförderung eingebracht. Sie halten fest an der Sozialisierung. Selbst wenn man annimmt, dass die Gemeinde in den fünf Jahren alle 30.000 Wohnungen baut, so werden insgesamt 75.000 Wohnungen geschaffen. Dadurch kann aber keineswegs das Wohnungsdefizit beseitigt werden. Es wächst immer mehr an. Im Jahre 1913 wurden in Wien 13.128 Wohnungen gebaut und im Jahre 1914, von dem ein Teil bereits in die Kriegszeit zu rechnen ist, noch immer 8.666. Kann man diese Zahlen überhaupt mit der gegenwärtigen öffentlichen Bautätigkeit vergleichen? Das ist eine Bankrotterklärung der Wohnbaupolitik die die Gemeinderatsmehrheit seit 6 Jahren betreibt. Wir hoffen, dass die Verhandlungen im anderen Haus mit jenem Ernst geführt werden, der einen vernünftigen Weg aus dieser Situation schafft.

Redner erklärt, dass in Oesterreich vor dem Krieg die Wohnverhältnisse deswegen besonders schlecht gewesen sind, weil eine abnorm hohe Realsteuer eingehoben wurde. Er polemisiert dann gegen den Nationalrat Pölzer, der beispielsweise im Nationalrat über die Zahl der Bettgeher in den einzelnen Wiener Bezirken Zahlen gebracht hat, die von dem amtlichen Material sehr verschieden sind. So soll es im X. Bezirk vor dem Krieg 26.336 Wohnungen ohne Bettgeher und 12.202 Wohnungen mit Bettgehern gegeben haben. Die amtliche Statistik stellt aber 29.042 Wohnungen ohne Bettgeher und 4.999 mit Bettgehern fest. Das ist noch immer genug und wir sehnen uns keineswegs nach einer Wiederkehr solcher Zustände. In ganz Wien hat es 402.606 Haushalte ohne Bettgeher und 47.848 mit Bettgehern und Untermietern gegeben, das heisst zehn Prozent der Wohnungen waren mit Bettgehern oder Untermietern besetzt. Wie die Ausführungen der Abgeordneten Dr. Bauer und Richter beweisen, scheint es jetzt in Wien keineswegs besser zu sein. GR. Dr. Wagner stellt sodann an der Hand eines Berichtes der Handelskammer über das Jahr 1927, dem Jahre der stärksten Bautätigkeit der Gemeinde Wien fest, dass in der Hauptkategorie der Baugewerbetätigen innerhalb eines Jahres 6.994, ein volles Drittel nicht mehr beschäftigt waren, dass die Arbeitslosenzahl im Baugewerbe im Jahre 1927 grösser war als im Jahre 1926. Aus diesem Bericht geht auch hervor, dass in der Bausaison Bauarbeiter von Wien abwandern. Im Jahre 1928 betrug die Zahl der Arbeitslosen Baugewerbetätigen 26,3 Prozent des Gesamtstandes der Arbeitslosen in Oesterreich. Diese Zahlen müssten die Sozialdemokraten veranlassen, von ihrem starren Standpunkt abzugehen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Reismann (Soz. Dem.) erklärt, dass die Streitfrage, ob private oder öffentliche Wohnbautätigkeit, keine lokale Angelegenheit sei. Auch im Ausland steht diese Frage im Vordergrund des Interesses. Wir lehnen die private Bautätigkeit ab, da sie auch dort versagt, wo sie aus öffentlichen Mitteln unterstützt wird. Die Wohnungsverhältnisse in Wien vor dem Kriege waren unnatürlich. Trotz leerstehender Wohnungen in Wien musste die damalige christlichsoziale Gemeindeverwaltung im Jahre 1911 Notwohnungen errichten, weil eben die brei-

ten Schichten der Bevölkerung von der privaten Bautätigkeit keinen Nutzen hatten. Der einfache Arbeiter konnte den Mietzins nicht erschwingen, da die private Bautätigkeit nur darauf eingestellt ist, gewissen Oberschichten der Bevölkerung Wohnungen zu erstellen. Auf das Wohnbedürfnis der kleinen Massen nimmt die private Bautätigkeit keine Rücksicht. Das Problem des Wohnbaues tritt uns in der Frage entgegen, wie das Wohnbedürfnis der kleinen Leute befriedigt werden kann. Dies kann nur durch eine gemeinnützige Wohnbautätigkeit geschehen, wie ja auch bürgerliche Ökonomen darauf verwiesen haben, dass die zukünftige Wirtschaftsform die gemeinnützige sein muss. In Deutschland, das ein Wohnungsdefizit von 950.000 Wohnungen hat, will man auch schon vom System der Wohnbauförderung abkommen, weil man eingesehen hat, dass sie keine wirksame Methode ist. Der Arbeiter in Deutschland, der ein Wocheneinkommen von 50 bis 55 Reichsmark hat, muss für seine Wohnung bis 45 Reichsmark zahlen. Wir sind bereit, über jede Vorlage zu verhandeln, die unserer Auffassung entspricht, dass die öffentlichen Mitteln nur für die gemeinnützige Wohnbautätigkeit gegeben werden dürfen. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Millik (E.L.) wünscht, dass im Interesse des Abbaues der Arbeitslosigkeit Bauten, die im Sommer genehmigt werden, auch schon im Herbst in Angriff genommen werden sollen. Er kommt dann auf den Wohnhausbau in Neustift am Wald zu sprechen, und erklärt, dass bei dem Kauf des Grundstückes für die Wohnhausanlage ein schwerer Missgriff geschehen ist. Ein besonders schwerer Vorwurf muss gegen die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien deswegen erhoben werden, weil den Wohnbedürfnissen des Mittelstandes in keiner Weise Rechnung getragen wird. Der Redner führt dann Beschwerde, dass ein Mandatar der Mehrheit sich bei Arbeitsvergaben schwere Missgriffe zuschulden kommen lässt, indem er den Abteilungsvorständen, die die Arbeiten vergeben, Listen vorlegt, und auf sie einwirkt, die auf der Liste verzeichneten Personen zu berücksichtigen. Ein schwerer Mangel ist es auch, dass uns jede Möglichkeit fehlt, die Bauabrechnungen zu kontrollieren. Schliesslich ersucht der Redner darauf hinzuwirken, dass das Steuerbegünstigungsgesetz hinsichtlich neuer Häuser verlängert werde. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Heinrich (E.L.) erklärt, dass trotz der Erstellung von 25.000 neuen Wohnungen die Sozialdemokraten ihr Wahlversprechen vom Jahre 1923 noch nicht erfüllt haben. Es ist auch sehr zu bedauern, dass noch immer über 4000 mit I qualifizierte Wohnungssuchende ohne Wohnung sind. Wäre die städtische Hausverwaltung mit der richtigen Objektivität vorgegangen, müssten die Wohnungswünsche dieser Leute schon längst erfüllt sein. Der Redner führt darüber Beschwerde, dass die Wohnungen nicht nach der Wohnbedürftigkeit eines Wohnungsuchenden, sondern nach der Parteizugehörigkeit vergeben werden. Ebenso führt er Beschwerde über die Bevorzugung von sozialdemokratisch organisierten Gewerbetreibenden bei der Vergebung von Arbeiten und bezeichnet es als unzulässig, dass nur Arbeiter auf den Gemeindebauten Beschäftigung finden, die ein halbes Jahr bei der freien Gewerkschaft organisiert sind. Gemeinderat Heinrich appelliert an Stadtrat Weber, sich das Elend der Obdachlosen vor Augen zu halten und bei Vergebung von Wohnungen zuerst an die Obdachlosen zu denken. (Beifall bei der Einheitsliste).

GR. Uebelhör (E.L.) weist darauf hin, dass von den 77 Millionen, die für städtische Wohnhausbauten ausgeben werden, nur 26 Millionen aus den Mitteln der Wohnsteuer aufgebracht werden. Das ist die reine Sozialisierung. In einer Zeit, in der die Wirtschaft kein Betriebskapital hat, laufende Steuern für die Wohnbautätigkeit zu verwenden, ist eine Enteignung der Staatsbürger. Wie lange wird im übrigen noch die Lüge auf den Wohnhausbauten erscheinen, dass die aus den Mitteln der Wohnsteuer erbaut sind? Die Sozialdemokraten scheinen sich nicht bewusst zu sein, mit was für Schwierigkeiten die Gewerbetreibenden zu kämpfen haben, sonst würden sie nicht eine Politik betreiben, die unweigerlich zum Ruin

der Gewerbetreibenden führt. Den Milliardenaufwendungen für Wohnhausbauten stehen 100.000 Schilling gegenüber, die für die Förderung des Gewerbestandes ausgegeben werden. Gemeinderat Uebelhör schliesst sich den Beschwerden des ER. Millik hinsichtlich partei-mässiger Vergebung der Lieferungen für die Wohnhausbauten an und verlangt, dass bei den Wohnhausbauten eine weit aus grössere Zahl von Gewerbetreibenden beschäftigt wird, auch wenn dies mehr kostet. Heute werden nur eine Reihe von grossen Firmen herangezogen. Von dem Wohnhausbau in der Heiligenstädterstrasse sagt der Redner, dass die Lösung des Grundrisses eine ganz kolossale Leistung ist und dass sich der Bau als solcher sehen lassen kann, aber es ist kein städtischer Wohnhausbau, sondern eine Festung. Schliesslich bemängelt er Redner, dass die Wohnungen in den städtischen Wohnhausbauten zu klein sind und stellt den Antrag, häufiger Volkswohnungen allgemein waschnischen anzubringen. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste).

Stadtrat Weber beantwortet in seinem Schlussworte die an ihn gestellten Anfragen. Der sogenannte Ausgleichsfond für die städtischen Wohnhausbauten wird nicht aus Steuergeldern, sondern aus den Ueberschüssen der Mieten gespeist. Amtliche Badekarten sind in den Wohnhausbauten wegen der Einheitlichkeit und wegen der Kontrolle eingeführt worden. Einige Dauerkleingartengebiete sind bereits erschlossen worden, andere werden, sobald die Arbeiten des Regulierungsbüros es gestatten und eine Notwendigkeit dazu vorhanden ist, folgen. Einer Mahnung, nur gute Baugründe zu kaufen, hätte es nicht bedurft, da wir dies ohnehin tun.

Die Abrechnungen über die vollendeten Wohnbauten stehen jederzeit zur freien Einsicht zur Verfügung. Die Behauptung, dass die Gemeinde sehr teuer baut, ist völlig unrichtig. Hervorragende Fachleute haben festgestellt, dass die Gemeinde billiger baut, als jeder Private. Wir müssen oft den Vorwurf hören, dass wir die Bauunternehmer im Preis drücken. Es ist also ein Widerspruch, wenn behauptet wird, dass wir teuer bauen. Freilich, der Politiker, der ein Argument gegen die öffentliche Bautätigkeit braucht, stellt diese Behauptung auf, die Urteile der Fachleute sind aber darüber einig, dass die Gemeinde billiger baut wie jeder andere Bauherr. So hat beispielsweise die Eisenbahner Baugenossenschaft ein Haus auf dem Margaretengebirge gebaut, wo dieselbe Wohnung, wie in unseren Gemeindebauten 13.400 Schilling kostet, während sie bei uns nur 12.000 Schilling Kosten verursacht.

Redner beschäftigt sich dann ausführlich mit dem Wohnbauförderungsgesetz der Regierung, dass er als absolut unzulänglich und verfehlt in der Methode bezeichnet. Unzulänglich deshalb, weil mit dem dort genannten Beträgen nicht viel anzufangen ist und verfehlt, weil der Streit viel tiefer geht. Es ist selbstverständlich, dass die Sozialdemokraten einen Gegenvorschlag gemacht haben. Es handelt sich um die Frage, ob die Mietzinse in den alten Häusern so hoch gesteigert werden können, dass sich der Bau von Wohnungen für das private Kapital rentiert. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass der neue Weg, den Wien eingeschlagen hat, der einzig mögliche ist. Es muss bezweifelt werden, ob die Hausbesitzer, selbst wenn sie den valorisierten Zins bekommen, neue Wohnungen bauen. Aber absolut sicher gestellt ist der Bau von 6000 Wohnungen jährlich durch die Gemeinde. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Ansätze der Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen werden mit den Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt.

Es wird nun die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten beraten.

Die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten leitete amtsführender Stadtrat Karl Richter mit einem ausführlichen Bericht ein. Er führte aus, dass die Ausgaben für

technische Angelegenheiten mit 80.31 Millionen Schilling veranschlagt sind. Fast ein Viertel dieser Summe ist für die Strassenpflege einschliesslich der Kehrichteinsammlung vorgesehen, die 19.67 Millionen Schilling erfordert. Das Kolonia-System ist bis auf einige exponierte Stadtteile schon zur Gänze durchgeführt. Die Mechanisierung der Strassenpflege wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden. Es wird eine zweite Kehricht-Aufsammlmaschine in Betrieb gesetzt; die Anschaffung einer dritten solchen Maschine ist budgetär vorgesehen. Es ist auch geplant, im kommenden Jahr Sandstreumaschinen anzuschaffen. Zur Bekämpfung der Staubplage werden 350 Kilometer alte Makadamstrassen geölt. 700 Strassenkilometer werden allnächtlich maschinell gereinigt. Die Kehrichtverwertung ist Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und im nächsten Jahr wird eine eigene Studienkommission die grössten Städte des Auslandes besuchen, um die Kehrichtbeseitigung in anderen Ländern kennen zu lernen. Für Erneuerung und Erhaltung der Strassen, sowie für den Bau neuer Verkehrswege sind 16.42 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag ist es möglich, etwa 594.000 Strassenquadratmeter zu erhalten und 350.000 Strassenquadratmeter einschliesslich der Gehsteige neu herzustellen. Es werden 250.000 Quadratmeter alter Makadamstrassen neu hergestellt. 50.000 Quadratmeter davon werden gepflastert, 100.000 Quadratmeter erhalten eine neue Phosphormakadamisierung und 100.000 Quadratmeter werden durch Asphalt ersetzt. Da die Strassen während des Krieges und unmittelbar nach dem Krieg vollkommen vernachlässigt wurden, ist das Strassenwesen Gegenstand schwerer Sorge und erfordert den grössten Aufwand an Mitteln. Für die Wasserversorgung werden 11.31 Millionen Schilling aufgewendet. 700.000 Schilling davon sind für den Umbau und die Erweiterung des Schöpfwerkes in Pottschach und 200.000 Schilling für Quellenschutzmassnahmen im Gebiete der ersten Hochquellenleitung vorgesehen. Die ständigen Untersuchungen der Quellen in hygienische und bakteriologische Beziehung finden regelmässig statt. Das Kanalisationswesen erfordert 8.66 Millionen Schilling. Davon werden rund fünf Millionen Schilling für den Umbau und Neubau von Kanälen aufgewendet. Sowohl die Haus-, als auch die Strassen- und Hauptsammelkanäle werden monatlich regelmässig geräumt. Der Umbau der Kanäle erfolgt systematisch um die alten Ziegelkanäle, die das Vorkommen von Ratten begünstigen, durch Betonkanäle mit Steinzeugsohlen zu ersetzen. Den erfreulichen Aufschwung nimmt das Bäderwesen. In der Verwaltung der Gemeinde stehen 54 Badeanstalten, davon sind 18 Volksbäder, 4 Dampf- und Wannenbäder, 14 Sommerbäder und 18 Kinderfreibäder. Die städtischen Bäder wurden im Vorjahr von 9.56 Millionen Badegästen aufgesucht. Im November dieses Jahres /allein zählte das Amalienbad 108.989 Badegäste. Im nächsten Jahr erfahren alle Sommerbäder weitgehende Ausgestaltungen, vor allem das Bad in Ottakring auf dem Kongressplatz. Das Gartenwesen sieht einen Aufwand von 4.10 Millionen Schilling vor. Seit 1919 ist der Bestand an öffentlichen Gärten von 1.91 Millionen Quadratmetern auf 2.58 Millionen Quadratmetern gestiegen. Die Steigerung beträgt rund 40 Prozent. In den städtischen Wohnbauten stehen ausserdem über 145.000 Gärten zur Verfügung. Um die Anlagen besser pflegen zu können, wird auch die Gartenpflege immer mehr mechanisiert. Auch im kommenden Jahr werden einige Gartennutzen errichtet. Die Anlegung von Baumpflanzungen, die Aufstellung von Bänken, sowie die Schaffung von Spätsandflächen für die Kinder werden auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Die Brücken- und Wasserbauten erfordern im kommenden Jahr einen Aufwand von 2.25 Millionen Schilling. Neu im Budget ist die Post für die städtischen Häfen mit einer Ausgabe von 124.000 Schilling. Die Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung macht wesentliche Fortschritte. Für das Jahr 1929 sind rund 117 Strassenkilometer dafür vorgesehen. Es gelangen 239 Strassenzüge in allen Bezirken Wiens zur Ausstattung mit elektrischem Licht. Im nächsten Jahr werden auch sechs neue öffentliche Uhren aufgestellt. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Biber (E.L.) wünscht, dass die Voranschläge der einzelnen Verwaltungsgruppen vor allem zunächst in den zuständigen Gemeinderatsausschüssen verhandelt werden sollen, und stellt auch einen diesbezüglichen Antrag. Ein weiteres Verlangen des Redners geht dahin an die Spitze der Verwaltungsgruppen keine Politiker, sondern Fachleute zu stellen. Gemeinderat Biber führt dann darüber Beschwerde, dass für die Erhaltung der Kirchen und Kapellen nur 11.000 Schilling im Budget vorgezogen sind. Das ist viel zu wenig. Die meisten Kirchen sind hervorragende Baudenkmäler und es wäre eine Schande für die Stadt Wien, diese verfallen zu lassen. Auch die Ausgaben für die Erhaltung der Denkmäler sind viel zu gering veranschlagt. Während im Jahre 1926 rund 51.000 Schilling, im Vorjahr 56.000 Schilling dafür veranschlagt gewesen sind, scheinen Sie im nächsten Jahr mit 26.000 Schilling auskommen zu wollen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Von eminentem Interesse ^{für} die Bauwirtschaft wäre die Erneuerung des städtischen Baupreistarifes. Der alte Tarif stammt aus dem Jahre 1912 und ist in vielen Belangen heute nicht mehr anwendbar. Bei der Vergebung der Arbeiten wird trotz allen Leugnens Ihrerseits Protektion geübt. Es ist ein unerhörter Skandal, dass die Baufirma Grundstein ohne jede Konkurrenzausschreibung den Riesenbau in Heiligenstadt zur Ausführung bekommen hat. Gemeinderat Biber macht sodann darauf aufmerksam, dass es vorkommt, dass durch alle möglichen Winkelzüge die Bedingungen der Offerten illusorisch gemacht werden. Es müsste auch hier die Kontrolle durch das Kontrollamt geübt werden und zu diesem Zweck ein Fachmann ins Kontrollamt kommen. Bei der Post Lastkraftwagenbetrieb errechnet er den Wert der Fuhrwerksleistungen statt mit 7.2 mit 6 Millionen (Hört! Hört! bei der Minderheit) und bei der Post Hauskehrzüge den Benzin- und Ölverbrauch eines Wagens mit 10.000 Schilling und die Reparaturtangente mit 8000 Schilling. Die Wertabschreibung von drei Prozent ist viel zu gering. Der Redner beantragt, bei den Ansätzen des Voranschlags über Wertabschreibungen, überall die Ziffer des Gesamtwertes, von welchem die Abschreibung geschieht, zu nennen, ferner beantragt er unter Hinweis auf die Müllablagestätte in der Laxenburgerstrasse, das Stadtbauamt zu beauftragen, bei Anlage von Müllablageplätzen und sonstigen Objekten, die ^{die} auf sanitäre Verhältnisse von Einflüsse sind, das Einvernehmen mit den Sanitätsstellen zu pflegen, damit ein neuerlicher Fehlgreif, wie auf der Müllablagestätte auf der Laxenburgerstrasse, künftig vermieden wird. Er bespricht sodann die Ziffern der Post Personenkraftwagenbetrieb, verlangt, dass bei der Strassenbespritzung auf die gemachten Beanstandungen Rücksicht genommen wird und fordert den Ausbau der Einrichtungen für die Schneeeäuberung. Schliesslich stellt er den Antrag, die Aufwendungen für die Strassenerhaltung und den Strassenbau um fünf Millionen zu erhöhen. (Beifall bei der Einheitsliste).

Die Verhandlung wird abgebrochen. Nächste Sitzung morgen Donnerstag, Beginn 16 Uhr.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.